



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

17. Sitzung (öffentlich)

14. Juni 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:15 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokollerstellung: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

Auf Antrag von Norbert Post (CDU) wird der Punkt „Neuinvestitionen des Landes in Krankenhäusern für eine gute und sichere medizinische Versorgung sind unverzichtbar!“ von der Tagesordnung abgesetzt. Er soll im Zusammenhang mit dem Haushalt 2007 beraten werden.

Im Verlauf der Sitzung verständigt sich der Ausschuss darauf, die Beratung zu den Punkten „Gesetzliche Mindestlöhne: Nordrhein-Westfalen unterstützt nationale Regelung“ sowie „Soziale Gerechtigkeit statt Perspektivlosigkeit in teuren Warteschleifen - Chancen für Ausbildung und Beruf sichern“ zu verschieben, bis die Voten der mitberatenden Ausschüsse vorliegen.

Die Nummerierung der Punkte ändert sich dementsprechend.

1 Gesetz zur Umsetzung von Regelungen des Sozialgesetzbuchs

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1072
Ausschussprotokoll APr 14/181
Zuschriften 14/522 und 14/ 523

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (*Tischvorlage; siehe Anlage 1*) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der Grünen an.

Der Ausschuss lehnt den ursprünglichen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, in Art. 1 die Nr. 2, also § 5, zu streichen und die folgende Nummer entsprechend anzupassen, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

Der Ausschuss nimmt den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1072 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen an.

2 Gesetz zur Durchführung des Altenpflegegesetzes und zur Ausbildung in der Altenpflegehilfe (AltPflG - NRW)

2

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1536 - Neudruck
Vorlage 14/476
Ausschussprotokoll APr 14/211
Zuschrift 14/497

- abschließende Beratung und Abstimmung
- Beteiligung des Ausschusses am Verfahren zum Erlass der APRO-APH (Vorlage 14/476)

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP (*Tischvorlage; siehe Anlage 2*) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen an.

Der Ausschuss nimmt den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1536 - Neudruck - mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme der Fraktion der Grünen an.

Der Ausschuss sieht damit unter der Voraussetzung, dass der Landtag diesem Gesetzentwurf in zweiter Lesung zustimmt, auch seine Beteiligung am Verfahren zum Erlass einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung als erfolgt an.

3 Umsetzung der geplanten Kürzungen im Maßregelvollzug - Pläne der Landesregierung 5

Vorlage 14/522

Der Ausschuss diskutiert über die Vorlage und strebt zu diesem Thema eine Zusammenarbeit aller Fraktionen mit der Landesregierung an.

4 Verschiedenes 9

Der Ausschuss thematisiert die auf Bundesebene geplanten Änderungen in der gesetzlichen Unfallversicherung.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Auf Antrag von Norbert Post (CDU) wird der Punkt „Neuinvestitionen des Landes in Krankenhäusern für eine gute und sichere medizinische Versorgung sind unverzichtbar!“ von der Tagesordnung abgesetzt. Er soll im Zusammenhang mit dem Haushalt 2007 beraten werden.

Im Verlauf der Sitzung verständigt sich der Ausschuss darauf, die Beratung zu den Punkten „Gesetzliche Mindestlöhne: Nordrhein-Westfalen unterstützt nationale Regelung“ sowie „Soziale Gerechtigkeit statt Perspektivlosigkeit in teuren Warteschleifen - Chancen für Ausbildung und Beruf sichern“ zu verschieben, bis die Voten der mitberatenden Ausschüsse vorliegen.

Die Nummerierung der Punkte ändert sich dementsprechend.

1 Gesetz zur Umsetzung von Regelungen des Sozialgesetzbuchs

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1072
Ausschussprotokoll APr 14/181
Zuschriften 14/522 und 14/ 523

- abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Günter Garbrecht verweist hierzu auf den Änderungsantrag von CDU und FDP (*Tischvorlage; siehe Anlage 1*).

Norbert Post (CDU) plädiert dafür, § 5 vorerst wie eingebracht mitzutragen, bis man die vom Bund noch im laufenden Jahr zu erwartenden Veränderungen des SGB II im Land umsetzen könne. In der Anhörung sei noch einmal deutlich geworden, dass die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden an der Durchführung bestimmter Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften unterschiedlich gesehen werde. Darüber hinaus strebe man einen festen Termin für eine Revision der Be- und Entlastungen der Kreise und kreisfreien Städte auf der Grundlage neuer Daten an und beantrage, den 1. Oktober 2006 als Stichtag vorzusehen.

Seine Fraktion, so **Rainer Bischoff (SPD)**, vertrete nach der sehr interessengeleiteten Argumentation in der Anhörung die Auffassung, dass das bisherige Kreisumlageverfahren solidarisch sei und beibehalten werden sollte. Da alle Versuche, sich zu einigen, eindeutig an der CDU-Fraktion gescheitert seien, werde man ihr jetzt nicht noch entgegenkommen, sondern den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ablehnen.

Barbara Steffens (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion könne der Argumentation der CDU-Fraktion nicht folgen und wolle im Ausschuss über den ursprünglichen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, die Nr. 2 zu streichen, abstimmen.

Vorsitzender Günter Garbrecht fragt, ob allen Ausschussmitgliedern der von Frau Steffens angesprochene Änderungsantrag vorliege.

Barbara Steffens (GRÜNE) betont, der Änderungsantrag der CDU- und der FDP-Fraktion, in Art. 1 die Nr. 2, also § 5, zu streichen und die folgende Nummer entsprechend anzupassen, sei in das Verfahren eingespeist worden und müsse daher allen vorliegen. Die grüne Fraktion habe am Vortag darüber abgestimmt und ihn einstimmig angenommen. Sie halte diesen Änderungsantrag nach wie vor für richtig, so die Rednerin, und stelle ihn im Ausschuss daher selber zur Abstimmung.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (*Tischvorlage; siehe Anlage 1*) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion der Grünen an.

Der Ausschuss lehnt den ursprünglichen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, in Art. 1 die Nr. 2, also § 5, zu streichen und die folgende Nummer entsprechend anzupassen, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

Der Ausschuss nimmt den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1072 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen an.

2 Gesetz zur Durchführung des Altenpflegegesetzes und zur Ausbildung in der Altenpflegehilfe (AltPflG - NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1536 - Neudruck
Vorlage 14/476
Ausschussprotokoll APr 14/211
Zuschrift 14/497

- abschließende Beratung und Abstimmung
- Beteiligung des Ausschusses am Verfahren zum Erlass der APRO-APH (Vorlage 14/476)

Vorsitzender Günter Garbrecht dankt zunächst der Protokollführerin unter dem Beifall des Ausschusses für die zügige Vorlage des Vorabprotokolls über das Sachverständi-

13.06.2006

-Tischvorlage-

Änderungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Umsetzung von Regelungen des Sozialgesetzbuches“

Drucksache 14/1072

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

§ 7 Absatz 7 wird wie folgt geändert:

nach den Worten "(...) Absatz 3 Satz 1 wird (...)" wird eingefügt "zum Stichtag 1.10.2006"; nach den Worten "(...) SGB II berücksichtigt, (...)" wird eingefügt "unverzüglich".

Begründung:

Die im Gesetzentwurf der Landesregierung enthaltene Regelung wird dahingehend präzisiert, dass die vorgesehene Überprüfung zum 01.10.2006 stattfindet und eine gegebenenfalls erforderliche Anpassung unverzüglich zu erfolgen hat.

